Nummer 366

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Gerbisch, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Roeglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gen.-m.-b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 71. Jahrgang — Freitag, 7. August 1925

Innerhalb 48 Stunden!

Berlin, 7. August.

Nach einer Mitteilung des deutschen Generalkonsulats in Posen ist am Nachmittag des 5. August allen noch verbliebenen deutschen Optanten, soweit sie zum 1. August abwanderungspflichtig waren, von den zuständigen polnischen Verwaltungsbehörden die schriftliche Aufforderung zugegangen

Polen binnen 48 Stunden zu verlassen, widrigenfalls sie polizeilich abgeschoben würden. Auf Grund dieser Meldung ist am 6. August von den Reichs- und preußischen Behörden dieselbe Maßnahme hinsichtlich der polnischen Optanten veranlaßt worden.

Unnachgiebig gegen Polen!

Die Industrie- und Handelskammern der Ostmark und ähnliche Organisationen wenden sich mit folgender Kundgebung an die Oeffentlichkeit:

„Die unterzeichneten an den polnischen Korridor grenzenden Kammern nehmen zu der Frage, des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges folgende Stellung ein:

1. Eine feste und unnachgiebige Haltung der Reichsregierung gegenüber Polen wird auf das lebhafteste begrüßt und auf das Nachdrücklichste auch weiterhin gefordert. Ein derzeitiges Entgegenkommen zur Erlangung augenblicklicher Erleichterungen würde schwere Nachteile herbeiführen, welche die Wirtschaft späterhin dauernd belasten.

2. Die bisherigen polnischen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen haben keinerlei Nachteile für die Wirtschaft in den Grenzprovinzen zur Folge gehabt, denen eine irgendwie nennenswerte Bedeutung beigemessen werden könnte.

3. Angesichts dieser Sachlage ziehen wir einen vertragslosen Zustand gegenüber einem Handelsprovisorium in jedem Falle vor.

Nachdem bereits einmal ein Wirtschaftskrieg mit Polen ohne jeden Erfolg abgebrochen worden ist, rechnen die unterzeichneten Kammern um so zuversichtlicher darauf, daß die Reichsregierung Polen gegenüber nunmehr in jedem Zeitpunkt der Verhandlungen festbleiben und den wirtschaftlichen Interessen des Reiches zu vollem Siege verhelfen wird."

Industrie- und Handelskammer Elbing
gez. F. Komnick, Kommerzienrat
Präsident.

Industrie- und Handelskammer Schneidemühl
gez. G. Pollert
Präsident.

Industrie- und Handelskammer
für den Regierungsbezirk Köslin zu Stolp
gez. G. Denger
1. stellv. Präsident.

Handwerkskammer für die Grenzmark Posen-Westpreußen
gez. Schultz, Präsident. — gez. Fiedler, Syndikus.

Landwirtschaftskammer für die Grenzmark Posen-Westpreußen
gez. i. A.: Krause,
Regierungsrat a. D.

*

Ergänzend wird hierzu noch bemerkt:

Bei einer Unterbrechung des deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehrs oder seiner Erschwerung drohen den Polen die größten Nachteile. Insbesondere muß die polnische Ausfuhr auf den Binnenwasserstraßen mehr als die deutsche in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Tatsache geht aus folgenden Zahlenangaben des Binnenwasserstraßenverkehrs zwischen Deutschland und Polen hervor:

Im ersten Halbjahr 1925 wurden befördert auf der Netze von 94 deutschen, 42 polnischen und 23 Danziger Schiffen aus Polen 14 504 Tonnen Güter, und zwar: 8298 Tonnen Schnittholz, 2260 Tonnen Grubenholz, 877 Tonnen Rundholz, 683 Tonnen Schwellen, 2722 Tonnen Rohzucker, 164 Tonnen Glasflaschen sowie 152 Flöße mit 6787 Tonnen.

Von einem deutschen, einem polnischen Schiff nach Polen 288 Tonnen Roggen. Warthe, von 113 deutschen, 16 polnischen, 10 Danziger Schiffen aus Polen: 21 727 Tonnen Güter, und zwar: 4745,5 Tonnen Stämme, 891 Tonnen Rundholz, 846,5 Tonnen Pfeiler, 5663,5 Tonnen hölzerne Schwellen, 5580,5 Tonnen Grubenholz, 1208 Tonnen Telegraphenstangen, 524,5 Tonnen Nutzholz, 4267,5 Tonnen Rohzucker sowie 836 Flöße mit 37 883,5 Tonnen.

Von 44 deutschen, 13 polnischen, 7 Danziger Schiffen nach Polen: 9114,5 Tonnen Güter, und zwar: 140 Tonnen Weizen, 6628 Tonnen Phosphat, 276 Tonnen Schlemmkreide, 1406 Tonnen Pflastersteine, 13 Tonnen Tenderlokomotiven nebst Zubehör, 33,5 Tonnen Flatcarwagen und Weichen.

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, welches wesentliche Ausfuhrinteresse Polen für die erwähnten Waren, und zwar schon ein auf dem Wasserverkehr besitzt.

Im übrigen machen sich die Folgen des Zollkrieges mit Deutschland teilweise in Polen bereits stark bemerkbar.

Heute Entscheidung über die Steuergesetze.

Das Steuerkompromiß mit den Ländern. — Reichsfinanzminister v. Schlieben zu den Steuergesetzen.

Deutscher Reichstag.

114. Sitzung, Freitag, den 7. August 1925, vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Luther, Reichsfinanzminister v. Schlieben.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der neuen Steuergesetze. Verbunden damit ist der Zentrumsantrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Kontrolle der Branntweinmonopolverwaltung.

Abg. **Koenen** (Komm.) erhebt Protest gegen den Vorschlag des Aeltestenrats, jeder Fraktion drei Stunden Redezeit bei dieser dritten Lesung zu gewähren. Als der Redner dabei von Steuerräubern spricht, wird er zur Ordnung gerufen. Dem Abg. Müller-Franken (Soz.) wirft er vor, vor der Mehrheit zu Kreuze gekrochen zu sein.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion bei der zweiten Lesung in neuntägiger Beratung zu allen Einzelheiten Stellung genommen habe. Das Wesen der dritten Lesung bestehe nicht darin, noch einmal alles zu wiederholen, was in der zweiten gesagt worden sei. (Allseitige Zustimmung.)

Der Beschluß des Aeltestenrats auf Kontingentierung der Redezeit wird darauf gegen die Kommunisten genehmigt.

Reichsfinanzminister v. Schlieben

leitet die dritte Lesung ein. Wir stehen, so führte er aus, vor den abschließenden Beratungen der Finanzreform, eines Gesetzgebungswerkes, das seit alle Gebiete unseres Steuerrechts sachlich neu ordnet und gleichzeitig das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden zu den großen Steuerquellen regelt soll. Gewiß werden viele unter Ihnen die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wünsche, mit denen Sie in die Arbeit hineingegangen sind, nicht voll erfüllt sehen. Sie müßten deshalb die schwere Last der Verantwortung. Wenn wir aber einmal das Werk als ein untrennbares Ganzes betrachten, so wird mit ihm doch eines ungweifelhaft erreicht:

Der Abbau einer wirtschaftlich schädlichen, aus der Not schwerster Zeit heraus geborenen Besteuerung, die Rückkehr aus einem Steuersystem, das vor Eingriffen in die Substanz nicht zurückschauen konnte, zu normaler Steuerwirtschaft; das bedeutet im Bereiche des Möglichen die Wiederaufrichtung des Grundsatzes, daß die Steuerleistung sich nach dem wirklichen Ertrage der Wirtschaft, nach der Leistungsfähigkeit bestimmen soll.

Bei dem Reformwerk handelt es sich im Grundsatz nicht darum, neue Steuerlasten auf das deutsche Volk zu legen, es handelt sich vielmehr um eine Umformung und zum Teil Senkung der Steuerlasten, die während der Inflationszeit und der Zeit der Wiederherstellung der Währung übersteigert werden mußten. In den Betrieben hier das Mögliche zu tun, liegt die Gewährung der Atempause, die wir uns geben können; das Ausmaß wird durch die finanzpolitische Verantwortung für das Weiterleben eines Sechzigmillionenvolkes bestimmt, eine Verantwortung, die es uns nicht gestattet, bei der Gestaltung des Steuersystems nur an ein kurzes Jahr zu denken. Das Steuersystem muß so fest gefügt und so entwicklungsfähig sein, daß es auch in den kommenden Jahren schwere Lasten nicht versagt.

Mit dem Wiederaufbau unseres Steuersystems sind entscheidende Fragen der allgemeinen Finanzpolitik eng verknüpft.

Beherrschend ist die Frage des Finanzausgleichs.

Zwei leitende Gesichtspunkte mußten hier für die Reichsregierung maßgebend sein.

Erstens mußte, wenn irgend möglich, die Lösung so gestaltet werden, daß auch hier das Zustandekommen des Gesetzes im Reichstag einen friedlichen Ausgleich mit den Ländern bedeutet. Der zweite Grundsatz aber verlangte, die Lebensnotwendigkeiten des Reiches in einer Weise zu wahren, die es gestattet, auch der schweren kommenden Zeit mit dem Bewußtsein entgegenzusehen, daß nichts unterlassen ist, was ihr pflichtgemäß vorzubauen. Dieser letzte und entscheidende Gesichtspunkt

verbietet es mir, an der Quotenverteilung der großen Ueberweisungssteuern irgendetwas zu ändern.

Daran muß ich festhalten. Von dem aufrichtigen Willen aber geleitet, den Wünschen der Länder entgegenzukommen und die Sorge um ihren Haushalt und um die Sicherstellung ihrer kulturellen und sozialen Aufgaben möglichst zu mildern, habe ich mich bereit erklärt, den Gedanken der Garantie für das den Ländern notwendige Steueraufkommen auszubauen. Nach dem Wege, der jetzt gefunden ist, soll die Garantiepflicht des Reiches sowohl eine Garantie für die Umsatzsteuer als auch eine solche für die Gesamtsumme umfassen. Die Reichsregierung glaubt, mit diesem erweiterten Zugeständnis bewiesen zu haben, wie sehr es ihr am Herzen liegt, in dieser großen Frage der Gesamtwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden auch in Zukunft auf gemeinsamem Boden mit den Ländern zu stehen und den Bedürfnissen der Länder bis an die Grenze des Möglichen zu genügen. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses Zeichen des besten Willens zu gemeinsamer Lösung der großen Frage von den Ländern gewürdigt wird und daß durch diesen letzten Schritt der Entwurfkompromiß des Reiches allgudeutscheinheitlichen Linie zurückfinden, auf der nach der Natur der Dinge Reich und Länder gemeinsam stehen müssen.

Wenn durch die angestrengte Arbeit dieses hohen Hauses der Reform jetzt das Gelingen geschenkt wird, dann gebührt allen denen Dank, die trotz ihrer Zweifel an einzelnen des Zustandekommen in diesem Hause ermöglicht haben. Sie werden sich über alle Bedenken hinweg von dem Gefühl tragen lassen müssen, daß hier ernste Arbeit geleistet ist für den weiteren Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.) hält den Regierungsteilen vor, daß sie bei den Steuern nicht sachliche, sondern parteipolitische Vereinbarungen getroffen hätten, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätten. Der Kaufpreis für die Steuern seien die Flüsse. (Heil-Rufe rechts.) Der Redner bekämpft die beabsichtigte Wiedereinführung der Friedensmieten vom 1. April 1926. Kein Land der Welt habe eine so unsoziale Steuergesetzgebung wie Deutschland.

Abg. Dr. **Fischer**-Köln (Dem.) bedauert, daß der Finanzminister immer nur an die Steigerung der Einnahmen denke, nicht aber an eine durchgreifende Minderung der Ausgaben. Der Redner hält seine Kritik an der Finanzpolitik des Ministers aufrecht. Der Minister lasse sich von allzu großem Optimismus leiten. Die Steuern müssen sich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anpassen. Das Budgetrecht des Reichstags werde illusorisch gemacht, wenn der Finanzminister sich bei seiner Ausgabenwirtschaft darauf einrichtet, sich schon gemachte Ausgaben stets erst Monate später durch den Reichstag bewilligen zu lassen. So dürfe sich der Reichstag nicht weiter behandeln lassen. Die demokratische Fraktion verzichte darauf, neue Anträge einzubringen. Sie lehne die Vorlagen ab. Auch in der Opposition sei sie aber voll durchdrungen von ihrer Pflicht, an der Gestaltung unseres Staats- und Volkslebens politisch mitzuarbeiten.

Der Redner beantragt einen Sachverständigenausschuß für Steuerfragen.

Inzwischen ist

Das Kompromiß zum Finanzausgleich

eingegangen. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung bestimmt der entscheidende § 3a, daß den Ländern und Gemeinden, wenn sich ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer insgesamt in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 je auf weniger als 2100 Millionen Reichsmark belaufen, die daran fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushalts zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das neue Kompromiß

stellt nun fest, daß, wenn sich in einem der beiden Jahre 1925 und 1926 der Anteil der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer aus einem geringeren Aufkommen als 1 500 Millionen Reichsmark berechnet, den Ländern und Gemeinden der fehlende Betrag auch dann zur Verfügung gestellt werden soll, wenn ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer, insgesamt die Höhe von 2100 Millionen erreichen oder überschreiten.

Abg. **Koenen** (Kom.) nennt die Sozialdemokraten die Steigbügelhalter der wirtschaftlichen Reaktion. Er gebe zu, daß die Steuergesetze vielleicht keine Mehrbelastung bringen, aber der Umbau geschehe auf Kosten der Arbeiter zur Entlastung der Besitzenden.

Reichsfinanzminister v. Schlieben:

setzt sich mit den Vorwürfen des demokratischen Abg. Dr. Fischer auseinander. Zwischen der Lage des Reiches und der Länder sei ein wesentlicher Unterschied, da das Reich die Reparationslasten habe, die Länder aber nicht. Der Minister verwahrt dann auf die schweren Kämpfe, die er geführt habe, um die Ausgaben herabzudrücken. Er habe dabei allerdings die Unterstützung der Reichstagsparteien nicht gefunden. In der Frage des Finanzausgleichs habe er nicht daran gedacht, sich mit den Ländern zu überwerfen. Die Lasten, die der Wirtschaft jetzt auferlegt werden, seien sehr schwer. Sie werden nur mit Mühe und Sorgen getragen werden können. Aber die Ursache dieser Lasten liege in dem verlorenen Kriege und der Inflationszeit. Beim Reiche sei es schwerer als bei einem Privatbetriebe die Unkosten zu verringern. Der Personalbedarf beim Reiche mache z. B. 70 Prozent des Gesamtbedarfs bei den Verwaltungen aus. Das sei eine Zwangsjacke für die Ausgabenseite. Der Minister bedauert den Vorwurf, das Budgetrecht des Reichstags verletzt zu haben. Das würde er sich niemals zuschulden kommen lassen. Einen besonderen Sachverständigenausschuß für Steuerfragen hält der Minister für überflüssig.

Ich möchte dem Abg. Dr. Fischer nicht auf dem Gebiet der Zahlen folgen, weil uns das nicht weiter führt und er ja auch selbst erklärt hat, daß wir in den Zahlen selbst gar nicht weit auseinander sind, sondern lediglich unsere Schlußfolgerungen andere sind. Seine Forderung der Verwendung der Ueberschüsse würde das Gegenteil einer vorsichtigen Finanzpolitik sein. Zwischen der Lage des Reichs und der der Länder besteht doch ein wesentlicher Unterschied.

Die Länder haben keine Reparationslasten.

Der Vorwurf, daß ich mein Augenmerk mehr auf die Einnahmen als auf die Ausgaben richte, trifft mich nicht, denn ich habe schon seit fünf bis sechs Jahren mich immer bemüht, unter schweren Kämpfen, die Ausgaben soweit zurückzuschrauben, wie es mit den Reichsinteressen irgendwie vereinbar ist.

Ich führe keinen Kampf mit den Ländern, um mich mit ihnen zu überwerfen.

sondern nur in dem Gedanken, daß es auf die Gesamtausgaben in Reich und Ländern ankommt. Wenn Dr. Fischer mich fragt, ob die Wirtschaft die jetzigen Lasten tragen könne, so bin ich natürlich kein Prophet. Wenn die Wirtschaft sich nicht entwickelt, können sich natürlich auch die Einnahmen nicht so entwickeln, daß wir den Etat balanzieren und die Lasten tragen können. Aber wir hoffen, daß die Wirtschaft in der Lage sein wird, die Lasten zu tragen, die wir ihr auch nur mit großer Sorge auferlegen, die wir aber auferlegen müssen, denn über den verlorenen Krieg und die Zeit der Inflation kommen wir nicht hinweg. Der Staat kann nicht so wie ein Privatmann die Ausgaben für das Personal beschränken. Wenn Sie sich klar machen, daß allein die Ausgaben für Kriegshinterbliebene und Kriegsinvaliden ein Viertel des Etats ausmachen, werden Sie zugeben, daß es nicht so geht, daß man einfach sagt: die Einnahmeseite sieht so aus und die Ausgabenseite muß dem angepaßt werden. Im übrigen bin ich mit dem Abg. Dr. Fischer einverstanden, daß wir uns nach einigen Monaten ein neues Bild über den Etat machen können.

Wenn sich ergeben sollte, daß wieder erhebliche Ueberschüsse bestehen, bin ich durchaus bereit, an eine Steuerverminderung heranzugehen.

Aber wir müssen bei den gegenwärtigen unsicheren Verhältnissen eine vorsichtige Politik treiben, die den Interessen der Wirtschaft dient und das Deutsche Reich nicht in größere Schwierigkeiten führt. Dann hat sich der Abg. Dr. Fischer mit dem Vorwurf an die Regierung gewendet, daß heutzutage das Budgetrecht des Reichstages verletzt worden sei. Ich hätte Ausgaben gemacht, die erst durch den Ergänzungsetat, der viel später verabschiedet worden ist, gedeckt worden seien. Der Herr Abg. Dr. Fischer weiß nicht, daß wir in den entsprechenden Ausschüssen, auch im Haushaltsausschuß, bereits die Ermächtigung für diese Ausgaben bekommen haben. Ich erkläre positiv, daß ich niemals eine Ueberschreitung des Budgetrechts vornehmen werde, daß ich aber auch um Rechtsauslegung bitten muß, wenn solche Vorwürfe hier erhoben werden. Wir können unter den augenblicklichen Verhältnissen, die keineswegs als stabil zu bezeichnen sind, eben nicht anders wirtschaften, wie wir es tun. Selbstverständlich werden wir aber immer erst den Reichstag befragen, bevor wir Ausgaben machen. Dann hat der Abg. Dr. Fischer eine Entschließung in der Demokratischen Partei vertreten, die eine Finanzausschußkommission einsetzen will. Ich bitte diese Entschließung abzulehnen. Es erscheint mir geistlich nicht richtig, jetzt eine solche Entschließung anzunehmen, wo eben die Steuergesetze verabschiedet werden. Durch Verabschiedung der Steuergesetze ist zunächst einmal diese Sache erledigt. Und im übrigen ist der Reichstag selbst Mann genug, um sich die finanziellen Verhältnisse klar zu machen. (Lebh. Beifall und Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Staatssekretär **Fischer** widerspricht einer sozialdemokratischen Behauptung, wonach das Reich über seine Verpflichtungen hinaus der Rentenbank Zuwendungen gemacht haben soll.

Abg. **Seiffert** (Völk.) hält eine weitere Diskussion für überflüssig, da die Regierungsparteien doch alle Anträge niederstimmen. In einem halben Jahre werde man aber an die Revision dieses Gesetzes herangehen müssen, wie ja der Abg. Hertz jetzt schon an einer Revision des Aufwertungsgesetzes arbeitet. (Erregter Widerspruch rechts.) Der Redner gibt dann eine Erklärung ab, in der er die Steuervorlagen ablehnt.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dtr.) rechtfertigt die Haltung der Regierungsparteien, besonders des Zentrums.

*

Noch ist nicht klar ersichtlich, welches Schicksal der Neuregelung des Finanzausgleichs in der dritten Lesung beschieden ist. Soviel läßt sich jedoch sagen, daß man schon in den letzten Wochen die Entwicklung nur mit ernster Sorge verfolgen konnte. Der jetzt vorliegende Kompromißbeschluß übertrifft jedoch die schlimmsten Erwartungen. Nicht genug, daß den Ländern eine Mehrbelastung von 2100 Millionen Mark garantiert wird, ist jetzt neuerdings vorgesehen, daß die Länder und Gemeinden bei einem geringeren Aufkommen der Umsatzsteuer als 1500 Millionen Mark auch dann den Differenzbetrag erhalten sollen, wenn

---

Die Sägewerke im Tucheler Forst, die den infolge des Forstverlustes erhöhten Grubenholzbedarf nicht befriedigen können, und fliegende Sägegatter in den einzelnen Revieren aufgestellt haben, müssen ihren Betrieb stark einschränken, zum Teil sogar ganz einstellen. Durch die von Deutschland getroffenen Gegenmaßnahmen ist nicht nur die Holzindustrie stark erschüttert, sondern auch andere Einrichtungen sind lahmgelegt. So mußte auch die fast über ganz Polen verbreitete Gesellschaft, die nach Deutschland große Mengen Schweinefleisch exportierte, ihre Tätigkeit einstellen. Hierdurch ist besonders die Landwirtschaft geschädigt. Durch den Massenankauf wurden ihr durchweg erheblich höhere Preise gezahlt als von den örtlichen Fleischern. Die südlichen Schlachthäuser, in denen die Schlachtungen ausgeführt wurden, hatten ebenfalls hohe Einnahmen. Aber auch die Kaufmannschaft aller Handelszweige leidet darunter und will die polnische Regierung zu Einigung mit Deutschland beeinflussen. Wird die polnische Regierung bei ihrem Standpunkte verbleiben, so will die Kaufmannschaft einen Innenhandelskrieg aufnehmen und alle Geschäfte schließen.

Durch die Einstellung dieser Betriebe hat sich auch die Arbeitslosenzahl aller Berufe vergrößert.